

Verordnung mit Mängeln

Es ist wieder mal Zeit, die Reifen zu wechseln

„Die Winterreifenpflicht werden wir weiter präzisieren“. Diesen Satz findet man im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom Dezember 2013 auf Seite 45. Drei Jahre vorher trat die vom damaligen Verkehrsminister Peter Ramsauer auf den Weg gebrachte Winterreifen-Verordnung in Kraft. Drei Stichworte wären zu nennen, die Anlass zu Kritik an dieser Verordnung geben: Kennzeichnung, Profiltiefe, Alter.

Ein praktisches Beispiel: Ein Pkw, ausgerüstet mit über zehn Jahren alten Winterreifen, die knapp über 1,6 Millimeter Profiltiefe aufweisen, bleibt liegen und behindert den Verkehr. Der Fahrer spricht von Schicksal und weist auf seine den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Winterreifen. Leider sind die Kriterien für eine Zulassung als Winterreifen in Deutschland nicht genau festgelegt. Es genügt eine Kennzeichnung M+S. Besser ist man dran, wenn auf dem Reifen zusätzlich zu M+S das Schneeflockensymbol erkennbar ist. Damit wird eine spezielle Wintertauglichkeit kenntlich gemacht.

Punkt 2 der Kritik betrifft die Mindestprofiltiefe. Warum nur 1,6 Millimeter wie bei Sommerreifen? Für Winterreifen ein Witz. In Österreich gelten M+S Reifen unter vier Millimetern Profiltiefe nicht mehr als Winterreifen. Im Gespräch ist auch, für die erlaubte Verwendung von Winterreifen ein Höchstalter festzulegen. Grund dafür ist die nachlassende Griffbarkeit infolge Aushärtung der Gummimischung mit fortschreitendem Alter. Denkbar wäre ein Limit von zehn Jahren. Das eingangs erwähnte Versprechen der „GroKo“ macht also durchaus Sinn und sollte möglichst bald eingelöst werden.

Gerhard Ostertag, Bissingen-Teck



Bronski ist Ihr Mann in der FR-Redaktion

Schreiben Sie an:
Bronski, Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main
Faxen Sie an: 069 / 2199-3666
Mailen Sie an:
Bronski@fr-online.de
Leserbrief@fr-online.de

Diskutieren Sie mit: Viele Ihrer Leserbriefe sind online unter www.frblog.de.

Bitte geben Sie immer, wenn Sie einen Leserbrief schicken, Ihre vollständige Adresse mit an – auch dann, wenn Sie ein Abonnement haben!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Im Keller, wo die Großen die Kleinen fressen

Wettbewerbsfähigkeit: „Ein räuberisches Prinzip“, FR-Meinung vom 23. Oktober

Was passiert, wenn es keine Reformen gibt?

Aus der Lektüre des Artikels gelingt es mir nicht, eine befriedigende Schlussfolgerung zu ziehen. Sind Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit wirklich abträglich, Hauptursache von Armut und Ungleichheit, ja geradezu eine Geißel der Menschheit?

Der permanente Wettbewerb war bislang nicht nur grundlegendes Prinzip der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, er ist überdies naturimmanent. Man kann das Phänomen sicherlich auch mit Begriffen wie „räuberisches Prinzip“ oder „Rattenrennen“ umschreiben. Womöglich kann dahinter auch noch ein universeller Gendefekt vermutet werden. Frage ist nur, wie man das Problem – zumindest in Europa – löst. Was wird passieren, wenn Frankreich und Italien keine Strukturereformen durchführen, das Niveau der Lohnstückkosten mutig über jenem der „Wette-

werber“ halten und standhaft keine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte zulassen? Die Marktteilnehmer in den beiden Ländern werden schlicht kein Geld mehr verdienen, weder auf dem Weltmarkt, noch auf den Binnenmärkten. Weitere Frage: Was hat ein Arbeitnehmer von seinen verbrieften Anrechten auf einen nominalen Mindestlohn und Kündigungsschutz, wenn das Geld real nicht da ist? Soll es dann vielleicht die EZB drucken? Übrigens ist der Wettbewerb damit nicht ausgeschaltet, er wurde nur schlicht verloren – ein Dilemma.

Rolf Bergs, Bad Soden

Was können wir tun außer klagen?

Vielen Dank für Ihren Leitartikel und Ihre Kolumne. Es musste wieder einmal ausgesprochen (bzw. schriftlich ausgedrückt) werden, wohin der bei uns herrschende Neoliberalismus führt

unter Führung der USA und ihrem Gefolge. Mit dem drastischen Beispiel vom Niedermachen der Deutschen Bahn in der Kolumne ist klar, wohin der Zug rollt: In den Keller, wo die Ratten hausen und die Großen die Kleinen fressen (= anderer Ausdruck für effektiven Wettbewerb).

Was waren das noch Zeiten, als Gewinne, die heute als Spielgeld über die Zockertempel (=Börsen) in wenigen Taschen verschwinden, in Investitionen gesteckt wurden, als Arbeitnehmer noch als Menschen statt als Kostenfaktor angesehen wurden, als Unternehmer sich noch sorgten, Sinnvolles zu produzieren und den Menschen ein Einkommen zum Auskommen zu sichern. Dabei soll es die soziale Marktwirtschaft tatsächlich einmal gegeben haben!

Was können wir tun außer klagen? Nichts. Was nutzt dann Demokratie? Nichts, außer dass wir klagen dürfen. Was können wir tun? Rudolf Stein, Wiesbaden

Wenn es nur Blindheit wäre

NSU-Ausschuss: „Staat gegen Aufklärung“, FR-Meinung vom 15. Oktober

„Staat gegen Aufklärung“ ist fast schon ein Kompliment für das, was uns die „Schlapphüte“ in Sachen NSU zumuten. Das Beklagen gegenüber den Rechts(!)Institutionen kann gar nicht scharf genug sein. Für mich kann das längst kein „Versagen“ mehr sein. Wenn sieben V-Leute und 310 Akten geschreddert werden, ist das für mich aktive Mittäterschaft = Tatbeteiligung im Amt! Wer hat da wen als V-Mann geführt!?

Es ist höchste Zeit, gegen die „Zeugen“ zu ermitteln.

Außerdem reden wir nicht von einem Einzelfall. Erinnert sei

nur an das Oktoberfest-Attentat („Einzeltäter“), Rostock-Lichtenhagen („Schichtwechsel“), das Verbrennen eines Afrikaners aus Sierra Leone in einer Polizei-Zelle („Feueralarm weggedrückt“) und vieles andere mehr; von der Dunkelziffer ganz zu schweigen.

Die Kernfrage in Sachen NSU bleibt für mich, warum die Mordserie mit dem Mord an der Polizistin abbrach. Da muss wohl was aus dem Ruder gelaufen sein.

„Deutschland ist auf dem rechten Auge blind!“ Fast ist man geneigt zu sagen: Wenn es nur Blindheit wäre ...

Henning Möller, Freinsheim

Künftig ignorieren

Zu: „Bild‘ dir deine Hetze“, FR-Meinung vom 16. Oktober

Warum nehmen Leute wie Bob Geldorf die „Bild“ in Anspruch, wenn es ihnen opportun erscheint? Warum hat ihm niemand gesagt: Vorsicht! Die machen das nur aus Populismus! Das ist keine seriöse Zeitung! Warum werden Reporter, Redakteure und Kolumnisten der „Bild“ immer wieder auch von öffentlich-rechtlichen Sendern eingeladen, als könnten sie etwas Substantielles beitragen? Das einzige was man machen kann, ist, dass die seriösen Medien, „Bild“ künftig ignorieren! Bodo Giertz

FÜNF FRAGEN AN: RALF MICHAEL LÜBBERS

Herr Lübbers, wann haben Sie Ihren ersten Leserbrief geschrieben und was war der Anlass?

Meinen ersten Leserbrief schrieb ich Anfang der 80er Jahre als Oberstufenschüler an die „Ostfriesischen Nachrichten“ (die in meiner Heimatstadt erscheinende Zeitung). Im Fernsehen lief eine Serie über einen Gymnasiasten, der Medizin studieren wollte, an den völlig überzogenen Leistungsanforderungen scheiterte und sich umbrachte („Tod eines Schülers“). In dem Brief protestierte ich gegen den Numerus clausus, der auch meinen Berufswunsch (Arzt) bedrohte.

Welches Ereignis in Ihrem Leben hat Ihren Gerechtigkeitsinn maßgeblich geprägt?

Zunächst Theorie. Im (evangelischen) Realschul-Unterricht nahmen wir das Thema Todesstrafe durch. Als ich hörte, dass es Staaten gibt, die aus Rache Menschen töten, war ich sofort Feuer und Flamme gegen die Todesstrafe und bin es bis heute. Das Wichtigste, was man uns Lebewesen rauben kann, ist das Leben. Man raubt es unwiederbringlich: Einmal tot, immer tot. Deshalb bin

ich gegen alles, was unnötig tötet. Sei es durch direktes Töten oder dadurch, dass man Lebewesen die materiellen Voraussetzungen für ein würdiges Leben vorenthält. Mittlerweile wird mir körperlich übel, wenn ich an die Todesstrafe nur denke, obwohl ich als Arzt mit realem Tod und Leid konfrontiert bin und damit, weil unvermeidlich, umgehen kann.

WAS IST GERECHT? Das ist unser Thema.

Sehr geprägt haben mich außerdem die Bücher von Erich Fromm („Die Kunst des Liebens“, „Anatomie der menschlichen Destruktivität“). Und das Buch „Schlimmer als Krieg“ von Daniel Goldhagen.

Welche Konsequenzen haben Sie daraus gezogen?

Ich wurde Fördermitglied bei Amnesty International, vor kurzem auch bei der Initiative gegen die Todesstrafe, habe nie geraucht und empfehle jedem das Nichtrauchen (Rauchen ist die mit Abstand wichtigste vermeidbare Todesursache, jeder zweite

Raucher stirbt an einer tabakbedingten Krankheit, in Deutschland allein 140000 Menschen jährlich). Bin Arzt geworden. Ich esse keine Tiere (hauptsächlich aus Tierschutzgründen, aber auch weil es gesünder ist). Bin gegen Armut, weil Armut tötet (z.B. Mitglied bei Attac). Gegen Atomenergie und Klimakatastrophe. Lese die Frankfurter Rundschau und schreibe Leserbriefe. Hab eine PV-Anlage. Fahre überwiegend mit Rad und Bus. Praxis ist energetisch saniert.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten und eine Ungerechtigkeit abschaffen könnten – nur eine einzige, hier in Deutschland –, was würden Sie unternehmen?

„One man one vote“ statt Geld regiert die Welt. In einer Demokratie zählt jede Stimme. Es darf nicht sein, dass Reiche Regierungen und staatliche Institutionen kaufen und sie für ihre Interessen arbeiten lassen können und sich damit gegen die Interessen der normalen 99 Prozent der Bevölkerung stellen dürfen. Dann gäbe es schnell nicht mehr diese tödlichen politischen Entscheidungen zum Thema Tabak, Atom, Kohle,



ZUR PERSON

Leserbriefautor Ralf-Michael Lübbers ist Arzt in Marienhäfe, 50 Jahre, Familie mit Frau, einem Sohn und einer Zwergdackel-Hündin. Engagiert sich bei mezis.de gegen Ärztekorrumpion durch die Pharmaindustrie.

In „Fünf Fragen an“ stellen wir Ihnen Menschen vor, die sich für Gerechtigkeit engagieren.

Ihre Gerechtigkeits-Vorschläge posten Sie auf www.fr-online.de/gerecht.

nochmal Kohle (Geldumverteilung von unten nach oben) und so weiter. Außerdem sollte man eine Bahn im Auricher Hallenbad für mich freihalten, wenn ich Feierabend habe und schwimmen möchte. Meter mal 25 Meter, das ist doch nicht ungerecht, oder? Davor und danach können ja wieder alle anderen schwimmen.

Was würden Sie sich in Sachen Gerechtigkeit von der FR wünschen?

Man kann sich außerparlamentarisch in vielen Initiativen gegen Ungerechtigkeiten wehren. Allerdings sehe ich als Ex-SPD- und Ex-Grünen-Mitglied keine Chance mehr, sich bei einer Partei zu engagieren. Deshalb wünsche ich mir von der FR, dass sie SPD und Grünen auf die Finger klopft, wenn diese Entscheidungen treffen, die sozial und unökologisch sind. Es ist schon viel erreicht, wenn wir in Deutschland wieder eine ökosoziale Alternative zum Neoliberalismus haben. Damit SPD und Grüne wieder wählbar werden. Hier und in anderen Demokratien.

Interview: Bronski